

NR. 904 | 10. JANUAR 2012

AMTLICHE BEKANNTMACHUNG

Änderung der Leitlinien guter wissenschaftlicher Praxis und Grundsätze für das Verfahren bei vermutetem wissenschaftlichen Fehlverhalten

vom 04. Januar 2012

Änderung der Leitlinien guter wissenschaftlicher Praxis und Grundsätze für das Verfahren bei vermutetem wissenschaftlichen Fehlverhalten

vom 04.01.2012

Aufgrund des § 2 Abs. 4 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein- Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 31.Oktober 2006 (GV. NRW. S. 474), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes zum Ausbau der Fachhochschule für Gesundheitsberufe in Nordrhein-Westfalen vom 08. Oktober 2009 (GV. NRW. 2009 S. 516), hat die Ruhr-Universität Bochum die folgende Änderung der Leitlinien guter wissenschaftlicher Praxis und Grundsätze für das Verfahren bei vermutetem wissenschaftlichen Fehlverhalten der Ruhr-Universität Bochum vom 25.06.2002 (AB Nr. 476) beschlossen:

Art. I

Die Leitlinien guter wissenschaftlicher Praxis und Grundsätze für das Verfahren bei vermutetem wissenschaftlichen Fehlverhalten der Ruhr-Universität Bochum vom 25.06.2002 (AB Nr. 476) werden wie folgt geändert:

Der Einleitungssatz wird wie folgt neu gefasst:

Die Ruhr-Universität Bochum legt mit den folgenden Leitlinien die Grundsätze zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und das Verfahren in Fällen eines wissenschaftlichen Fehlverhaltens fest:

Nr. 2 Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

Ein wissenschaftliches Fehlverhalten liegt vor, wenn in einem wissenschaftserheblichen Zusammenhang bewusst oder grob fahrlässig Falschangaben gemacht werden, geistiges Eigentum anderer verletzt oder deren Forschungstätigkeit beeinträchtigt wird. Entscheidend sind jeweils die Umstände des Einzelfalls. Ein wissenschaftliches Fehlverhalten ist danach insbesondere in folgenden Fällen anzunehmen:

- unbefugt Verwertung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, Hypothesen, Lehren oder Forschungsansätzen Dritter unter Anmaßung der Urheberschaft (Plagiat)
- unbefugte Ausbeutung von Forschungsansätzen und Ideen Dritter, insbesondere als Gutachter und als Betreuer von wissenschaftlichen Arbeiten
- Verfälschung wissenschaftlicher Daten
- unbefugte Veröffentlichung und das unbefugte Zugänglichmachen von wissenschaftlichen Erkenntnissen anderer
- unzutreffende Angabe von Urheberschaft oder Miturheberschaft unter Einschluss sogenannter Ehrenautorschaft.

Alle Autoren tragen die Verantwortung für eine gemeinsame Veröffentlichung, soweit ihre Beiträge in ihr nicht namentlich gekennzeichnet sind.

Nr. 5 Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

Das Rektorat bestellt eine Ombudsperson und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Die Amtszeit beträgt drei Jahre. Wiederbestellung ist möglich. Sie sollen in der Wissenschaft international anerkannte Persönlichkeiten sein. Die Ombudsperson steht Mitgliedern und Angehörigen der Ruhr-Universität als Ansprechperson bei tatsächlichem oder vermutetem wissenschaftlichen Fehlverhalten zur Verfügung. Die Ombudsperson berät diejenigen, die sie über ein vermutetes wissenschaftliches Fehlverhalten informieren, und prüft die Vorwürfe unter

Plausibilitäts Gesichtspunkten auf Konkretheit und Bedeutung und im Hinblick auf Möglichkeiten der Ausräumung der Vorwürfe.

Nr. 6 Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

Im Einzelfall setzt das Rektorat auf Bitten der Ombudsperson eine Kommission zur Aufklärung des Sachverhalts bei vermutetem wissenschaftlichen Fehlverhalten ein. Die Kommission wird für die Dauer des jeweiligen Verfahrens eingesetzt.

Nr. 6 Absatz 1 wird wie folgt neu gefasst:

Im Einzelfall setzt das Rektorat auf Bitten der Ombudsperson eine Kommission zur Aufklärung des Sachverhalts bei vermutetem wissenschaftlichen Fehlverhalten ein. Die Kommission wird für die Dauer des jeweiligen Verfahrens eingesetzt. Die Ombudsperson unterbreitet dem Rektorat Vorschläge zur Zusammensetzung der Kommission. Der Kommission können auch hochschulexterne Persönlichkeiten angehören. Ein Mitglied der Kommission soll zum Richteramt befähigt sein. Die Kommission bestimmt eines ihrer Mitglieder zum Vorsitz.

Art. II

Diese Änderung der Leitlinien guter wissenschaftlicher Praxis und Grundsätze für das Verfahren bei vermutetem wissenschaftlichen Fehlverhalten der Ruhr-Universität Bochum tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in den Amtlichen Bekanntmachungen der Ruhr-Universität Bochum in Kraft.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats vom 15.12.2011.

Bochum, den 04.01.2012

Der Rektor
Der Ruhr-Universität Bochum
Universitätsprofessor Dr. Elmar Weiler

**Lesefassung der
Leitlinien guter wissenschaftlicher Praxis und Grundsätze für das Verfahren bei
vermutetem wissenschaftlichen Fehlverhalten**

vom 25.06.2002

zuletzt geändert durch Änderungssatzung vom 04.01.2012

Die Ruhr-Universität Bochum legt mit den folgenden Leitlinien die Grundsätze zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis und das Verfahren in Fällen eines wissenschaftlichen Fehlverhaltens fest:

I.

Die Ruhr-Universität wird im Rahmen ihrer Befugnisse dafür Sorge tragen, dass ihre Mitglieder und Angehörigen sowie die in ihren Einrichtungen Tätigen die Grundsätze guter wissenschaftlicher Praxis befolgen. Dazu gehört, dass

- nach den Regeln gearbeitet wird, die in der jeweiligen Wissenschaftsdisziplin als wissenschaftlicher Standard anerkannt sind
- fremdes geistiges Eigentum nicht angetastet wird
- die wissenschaftliche Tätigkeit Dritter nicht behindert wird
- gefundene Ergebnisse selbst angezweifelt werden.

2.

(1) Ein wissenschaftliches Fehlverhalten liegt vor, wenn in einem wissenschaftserheblichen Zusammenhang bewusst oder grob fahrlässig Falschangaben gemacht werden, geistiges Eigentum anderer verletzt oder deren Forschungstätigkeit beeinträchtigt wird. Entscheidend sind jeweils die Umstände des Einzelfalls. Ein wissenschaftliches Fehlverhalten ist danach insbesondere in folgenden Fällen anzunehmen:

- unbefugte Verwertung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, Hypothesen, Lehren oder Forschungsansätzen Dritter unter Anmaßung der Urheberschaft (Plagiat)
- unbefugte Ausbeutung von Forschungsansätzen und Ideen Dritter, insbesondere als Gutachter und als Betreuer von wissenschaftlichen Arbeiten
- Verfälschung wissenschaftlicher Daten
- unbefugte Veröffentlichung und das unbefugte Zugänglichmachen von wissenschaftlichen Erkenntnissen anderer
- unzutreffende Angabe von Urheberschaft oder Miturheberschaft unter Einschluss sogenannter Ehrenautorschaft.

Alle Autoren tragen die Verantwortung für eine gemeinsame Veröffentlichung, soweit ihre Beiträge in ihr nicht namentlich gekennzeichnet sind.

(2) Die Arbeitsmittel, Ergebnisse und Unterlagen Dritter dürfen nicht angetastet werden. Sie dürfen nicht unbefugt weggenommen, beschädigt, zerstört oder verändert werden.

(3) Darüber hinaus sind insbesondere bei empirischer Forschung zu gewährleisten:

- Offenlegung der angewandten Methoden, soweit sie der Fachöffentlichkeit nicht bekannt sind
- Darstellung der Forschungsergebnisse in einer Weise, die eine Nachprüfung erlaubt
- vollständige Dokumentation der Daten, die für eine Veröffentlichung von Bedeutung sind, soweit sie im Rahmen der zugrundeliegenden Forschungsarbeiten erhoben worden sind

- Übereinstimmung der dargestellten Forschungsergebnisse mit den erforschten Daten
- sichere und haltbare Aufbewahrung von Primärdaten aus eigener Forschungstätigkeit für zehn Jahre in der Einrichtung, in der sie entstanden sind, soweit sie Grundlage für Veröffentlichungen sind.

3.

(1) Der Ausbildung und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses muss besondere Aufmerksamkeit gelten. Die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis sind dem wissenschaftlichen Nachwuchs zu vermitteln.

(2) Arbeitsgruppen sind so zu organisieren, dass die Verantwortlichkeiten eindeutig zugewiesen sind und ihre Wahrnehmung sichergestellt ist. Es sind Vorkehrungen zur Qualitätssicherung und Konfliktbeilegung zu treffen.

(3) Unselbständig Forschende sollen unter der Anleitung und Aufsicht eines/einer verantwortlichen Wissenschaftlers/Wissenschaftlerin arbeiten.

4.

In Forschung und Lehre, insbesondere bei Prüfungen, bei der Verleihung akademischer Grade, bei Beförderungen, Einstellungen und Berufungen, haben Originalität und Qualität Vorrang vor Quantität.

5.

(1) Das Rektorat bestellt eine Ombudsperson und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Die Amtszeit beträgt drei Jahre. Wiederbestellung ist möglich. Sie sollen in der Wissenschaft international angesehene Persönlichkeiten sein. Die Ombudsperson steht Mitgliedern und Angehörigen der Ruhr-Universität als Ansprechpartnerin bei tatsächlichem oder vermutetem wissenschaftlichen Fehlverhalten zur Verfügung. Die Ombudsperson berät diejenigen, die sie über ein vermutetes wissenschaftliches Fehlverhalten informieren, und prüft die Vorwürfe unter Plausibilitäts Gesichtspunkten auf Konkretheit und Bedeutung und im Hinblick auf Möglichkeiten der Ausräumung der Vorwürfe.

(2) Falls die der Ombudsperson mitgeteilten Informationen einen hinreichenden Verdacht auf wissenschaftliches Fehlverhalten begründen, bittet sie das Rektorat um die Einsetzung einer Kommission.

6.

(1) Im Einzelfall setzt das Rektorat auf Bitten der Ombudsperson eine Kommission zur Aufklärung des Sachverhalts bei vermutetem wissenschaftlichen Fehlverhalten ein. Die Kommission wird für die Dauer des jeweiligen Verfahrens eingesetzt. Die Ombudsperson unterbreitet dem Rektorat Vorschläge zur Zusammensetzung der Kommission. Der Kommission können auch hochschulexterne Persönlichkeiten angehören. Ein Mitglied der Kommission soll zum Richteramt befähigt sein. Die Kommission bestimmt eines ihrer Mitglieder zum Vorsitz.

(2) Die Kommission tagt nichtöffentlich und wahrt Vertraulichkeit.

(3) Die Kommission kann sich auswärtiger Sachverständiger bedienen.

(4) Den Betroffenen sind unverzüglich die belastenden Tatsachen zur Kenntnis zu geben, soweit dadurch der Zweck einer Aufklärung des Sachverhalts nicht vereitelt wird. Ihnen ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

(5) Wenn die Kommission den Verdacht nicht bestätigt sieht, beendet sie das Verfahren und teilt die Beendigung dem Rektorat mit. Andernfalls unterbreitet sie den Vorgang dem Rektorat. Sie kann damit Vorschläge zur weiteren Sachbehandlung verbinden.

7.

(1) Das Rektorat entscheidet aufgrund des Berichts der Kommission, ob weitere Maßnahmen zu ergreifen sind.

(2) Allen Betroffenen ist das Ergebnis mitzuteilen. Die für die Entscheidung maßgebenden Gründe sollen angegeben werden.

8.

Diese Leitlinien und Grundsätze werden in den Amtlichen Bekanntmachungen der Ruhr-Universität Bochum veröffentlicht.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Senats der Ruhr-Universität Bochum vom 15.12.2011.

Bochum, den 04.01.2012

Der Rektor
der Ruhr-Universität Bochum
Universitätsprofessor Dr. Elmar Weiler